

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(52. - öffentliche - Sitzung am 9. September 2015)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Meldewesens in Niedersachsen (NMeldNOG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3689](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich einstimmig dem Votum des federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Vorlage 2 zuzüglich einiger weiterer Änderungen zu empfehlen.

2. **Vertraulichkeit des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sicherstellen - Defizite erkennen und beheben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3834](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und bat die Landesregierung, ihn nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung zu dem Thema zu unterrichten. Über den Vorschlag der CDU-Fraktion, zum Antrag auch eine Anhörung durchzuführen, soll nach der Unterrichtung entschieden werden.

3. **Bürgernahe Justiz in Zeiten des demografischen Wandels - Modellprojekt Südniedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3700](#)

Der Ausschuss bereitete die Einholung schriftlicher Stellungnahmen vor.

4. **Besprechung der geplanten Informationsreise nach Lettland und Estland**

Der Ausschuss setzte die Vorbereitung seiner Reise fort.

Außerhalb der Tagesordnung führte der Ausschuss die Terminplanung fort und bereitete die nächste Sitzung vor. In diesem Zuge kam er überein, in der nächsten Sitzung u. a. den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Informationsfreiheit in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 17/278 - zu behandeln. Ferner kam der Ausschuss überein, auf die für den 21. und den 28. Oktober 2015 vorgesehenen Sitzungen zu verzichten und den Beginn der Sitzung am 4. November 2015 auf 9 Uhr vorzuverlegen.